

Wie schützen wir unsere Demokratie?

Eva Kirn-Frank, Omas gegen Rechts

Vortrag im Stadtteiltreff Im Schönblick, Tübingen, 29.01.2025

Demokratie heißt, wie wir alle wissen, „Herrschaft des Volkes“ – im Gegensatz zur Monarchie und Autokratie als Herrschaft eines Einzelnen oder zur Oligarchie als Herrschaft einer kleinen Gruppe.

In der Demokratie ist das Volk der Souverän. Er herrscht durch Mehrheitsbeschluss. – In der Schweiz stimmt der Souverän selbst auch über Inhalte ab. Im Jahr 2024 tat er dies zwölf Mal. So gab es unter anderem ein Referendum über eine sichere Stromversorgung mit erneuerbaren Energien, dem zugestimmt wurde. Und es gab eine Volksinitiative, die verhindern wollte, dass Menschen, die sich in einer Pandemie nicht impfen lassen wollen, berufliche Einschränkungen hinnehmen müssen. Diese Initiative scheiterte. Grundsätzlich können die Bürger selbst einen Initiativantrag stellen, um eine gesetzliche Regelung zu erzwingen, und sie haben nicht selten Erfolg. Und sie können eine bestimmte Regelung durch staatliche Akteure verhindern. –

Die meisten modernen Demokratien enthalten weniger Teilhabe. Es sind repräsentative Demokratien, im Fall unserer Bundesrepublik ist es eine parlamentarische Demokratie: Gewählt wird das Parlament, und eine Mehrheit der Parlamentarier – die sich meistens durch Zusammenschlüsse von Parteien herausbildet – entscheidet dann, wer ins Kanzleramt kommt.

Doch in einer Demokratie wird nicht einfach die Macht nach oben delegiert. Das Volk hat zwar die Regierenden zur Herrschaft legitimiert. Doch in der Demokratie kritisiert und kontrolliert es auch die Ausübung dieser Herrschaft. Die Bundesregierung wird im Parlament kontrolliert durch die Teilung der Gewalt: dazu dienen die Opposition, der Bundesrat, die freie Justiz – und nicht zuletzt die Öffentlichkeit, die ihr Handeln und ihre Motive diskutiert. Die Rivalität von Regierung und Opposition sorgt dafür, dass jeder Regelungsversuch abgeklopft wird. Die Kommunikation ist eine Art Lymphstrom der Demokratie. Die Medien sind dabei nicht nur Transmissionsriemen, sondern auch aktiver Faktor. Sie setzen neue Themen und diskutieren Handlungsalternativen. Nicht zuletzt achten sie auf die Einhaltung demokratischer Regeln – man denke an den Watergate-Prozess, der Nixon zu Fall brachte. Kommunikation steuert das politische das politische Geschehen mit und ist für Demokratie unverzichtbar. Immer aber gilt: Die Macht in der Demokratie ist eine **Leihgabe**. Damit das Volk der Souverän bleibt, muss es dafür sorgen, dass die Regierenden die Macht auch wieder verlieren können.

Was braucht es dafür?

Entscheidend ist, dass die Wählenden die Freiheit behalten, beim nächsten Mal sich eine **andere** Regierung zu wählen.

Das kann man durch viele Mittel verhindern. Man kann etwa Schlägertrupps zu den Wahllokalen schicken. Also Nötigung. Man kann den Wählern ihre Stimmen abkaufen. Also Wählerbestechung. Man kann auf die Wahlzettel nur solche Kandidaten setzen, die auf Seiten der Regierung stehen. Also Fälschung. Oder nach der Wahl falsche Ergebnisse verkünden. Solche offensichtlichen Mittel der Wählernötigung, Wahlbestechung und Fälschung sind in westlichen Ländern eher

unterrepräsentiert. Es kommt aber vor, dass schon verstorbene Personen in Wählerverzeichnissen weitergeführt werden und an ihrer Stelle Strohmänner abstimmen.

Man kann die Wahlfreiheit aber auch eleganter behindern. Nämlich indirekt, indem man die Rahmenbedingungen zugunsten der eigenen Partei verändert. Man erschwert z.B. die Eintragung ins Wählerverzeichnis. In Ländern mit Mehrheitswahlrecht kann man die Wahlkreise so zuschneiden, dass sich sichere Mehrheiten für die herrschende Partei ergeben. Oder man legt die Wahl auf einen Arbeitstag, was es für die arbeitende Bevölkerung erschwert, dafür Zeit zu finden – und in bestimmten Vierteln werden viel weniger Wahllokale angeboten, so dass die Menschen vor Torschluss gar nicht zur Urne vordringen.

Subtiler ist die Wahlbehinderung im Vorfeld. Man verhindert einen fairen Wahlkampf, indem die Kandidaten der Opposition viel weniger Zugang zu Massenmedien bekommen. Oder man bindet große Teile der Wirtschaft an die herrschende Regierung. Statt öffentliche Aufträge neutral zu vergeben, berücksichtigt die Partei an der Macht nur solche Firmen, von denen sie unterstützt wird. Die begünstigte Firma sorgt dafür, dass ihre Beschäftigten ihre Stimme der Regierung geben. Wenn ihre Preise überhöht sind, interessiert das niemanden. Sie kann rasch expandieren und andere Firmen ausschalten – dafür muss sie Teile ihres Gewinns an die Regierung abgeben. Damit hat die Regierung Geld in schwarzen Kassen, um ihre Klientel weiter zu vergrößern. So spinnen die Herrschenden ein festes Netz von Abhängigkeiten, das direkt in die Zivilgesellschaft hineinreicht. Das funktioniert in sogenannten „illiberalen Demokratien“ mit rechtspopulistischen bis rechtsextremen Regierungen sehr effektiv.

Besonders wirksam ist es, wenn die Herrschenden die Meinungshoheit haben. Sie sorgen dafür, dass das Volk nicht die nötigen Informationen bekommt, um ihre Handlungen kritisch zu diskutieren. Ihre Meinung soll allein verbreitet werden und als Wahrheit gelten. So haben die Nationalsozialisten 1933 als erstes alle Rundfunkstationen besetzt und auch bei den Zeitungen die Journalisten ausgewechselt. Die Freiheit der Meinung und die Pressefreiheit zählen nicht mehr. Auch heute tauschen sogenannte illiberalen Demokratien die Leitungen von Fernsehen, Radio und Zeitungen aus. Im nächsten Schritt besetzen sie die Professuren an den Universitäten und die Lehrer an den Schulen mit willfährigen Leuten. Das geschieht nicht nur in der Türkei oder in Indien. Das unternimmt zur Zeit auch die neofaschistische Regierung in Italien, einem Gründungsmitglied des vereinten Europa.

In demokratischen Staaten übernehmen freiheitsfeindliche Parteien die Macht durch Wahlen, nicht durch Putsch. In Thüringen und Brandenburg hat die AfD über ein Drittel der Wählerstimmen gewonnen. Sie hat jetzt eine Sperrminorität und kann u.a. die Wahl von Richtern beeinflussen. Weltweit scheinen Parteien mit rechtspopulistischem und rechtsradikalem Programm auf dem Vormarsch zu sein. Noch bedenklicher wird die Lage durch die Allianz zwischen dem illiberalen US-Präsidenten Trump und dem reichsten Mann der Welt, Elon Musk. Er regiert über die größte Meinungsmaschine der social media und erreicht über Smartphone Abermillionen Menschen. Seine Botschaften laufen auf ein Recht des Stärkeren hinaus. Wer reich ist und über Druckmittel verfügt, soll die Freiheit bekommen, sich auf Kosten anderer zu entfalten. Das soll für Einzelne und für Unternehmen gelten. Verbündete des Regimes werden der Bestrafung entzogen. Unternehmen sollen sich bereichern dürfen, ohne dass die Kosten für die Natur, die Allen gehört, oder Menschenrechte wie Meinungs- und Informationsfreiheit berücksichtigt werden. Das sogenannte Fausrecht ist aber kein Recht, sondern ein Rückfall in einen vorstaatlichen Gewaltzustand.

Es wird somit behauptet, nicht das Recht, das Menschen miteinander eingerichtet haben, müsse die Oberhand gewinnen, sondern Stärke, also ein Prinzip aus dem Tierreich? – Warum gewinnt diese Idee immer mehr Zulauf?

Anfälligkeit: Ängste und Mythen

Viele Menschen sind verunsichert. Durch die Globalisierung wird die Welt immer komplexer. Das führt zu Unübersichtlichkeit. Und zu immer mehr Interessenkonflikten, die nicht leicht zu beheben sind. (Heute Kanzlerkandidat Merz: Freihandel mit USA >>> Ruin der europäischen Bauern.) Freie Märkte haben viele Vorteile, aber sie schaffen auch Verlierer. Menschen haben Angst vor Statusverlust und vor Jobverlust. Ganze Gemeinschaften, die an der Arbeit hängen, lösen sich auf. Und in nicht wenigen Dörfern fühlen sich Menschen allein gelassen, wenn sie dort keinen Arzt, kein Lebensmittelgeschäft, keine Schule und keinen sozialen Treffpunkt mehr haben. Wenn Bildung und Infrastruktur immer schlechter werden, oder wenn Migration sie überfordert. Wenn Parteien und Regierungen Fehler machen und sie zu verharmlosen suchen.

Illiberale Parteien greifen Unzufriedenheit und Verunsicherung der Menschen auf. Sie sind ihnen willkommen, denn ihr Geschäft ist die Angst.

Sie erschaffen Mythen. Oder greifen auf einen Mythos zurück, nämlich die „Volksgemeinschaft“, die angeblich einen kollektiven Willen hat. In der Wirklichkeit hat jeder von uns eigene Vorlieben und Interessen, die eine spielt Karten oder Fußball, der andere spielt im Orchester. Der eine will lieber in Sportstätten investieren, die andere in einen Konzertsaal oder in mehr KITAS. Oder in höhere Renten gegen höhere Verteidigungsausgaben. Die realen Wünsche können sich auf Gründe berufen, und diese Gründe müssen öffentlich ausgehandelt werden, auch wenn das anstrengend ist. Und dann gibt es Gesetze, die nicht jedem von uns passen. Aber wir anerkennen, dass sie auf demokratische Weise beschlossen wurden.

Wenn eine Partei aber behauptet, das Volk hätte einen gemeinsamen Willen, wird die Sache plötzlich ganz einfach. Dann ist der Wille dieser angeblichen Volksgemeinschaft als solcher im Recht, denn er umfasst ja das Ganze. Eigentlich ist es der Partei-Wille. Doch alle, die ihn nicht anerkennen, sind für diese Partei nicht Mitbürger mit legitimen anderen Meinungen und Interessen. Vielmehr sind es Feinde der Gemeinschaft. Gegen sie muss der angebliche Volkswille durchgesetzt werden, unter strenger Führung und mit Gewalt. Sie wollen nicht Debatte, sondern Kampf: Die Slogans sind voll von Kampf gegen Untergang, von Schicksal, Raum oder Ehre. Entweder wir (das Volk) ./ oder sie (die Volksverräter).

Schemata

Die Gedankenfigur Freund./Feind ist das grundsätzliche Schema. Es lässt sich überall nachweisen. Es verbindet sich mit dem zweiten Schema: Stärke ./Schwäche. Stark ist demnach das eigene Volk, und ihm wird das Recht zugesprochen, sich gewaltsam gegen alle durchzusetzen, die etwas anderes wollen oder sind. Wenn das Individuum nur als Teil eines homogenen Ganzen gedacht wird, hat es als solches keine Rechte mehr.

Obwohl die Volksgemeinschaft angeblich besonders stark ist und diese Stärke als sogenannte „Reinheit“, etwas besonders Gutes, definiert, schüren die rechtsextremen Reden zugleich Angst: das Volk werde angegriffen, überfremdet, zersetzt und müsse sich gegen eine Übermacht von Feinden wehren. Ihre Reinheit gewinnen sie, indem sie eine heile Vergangenheit beschwören. Diese hat es zwar nie gegeben, doch dienen die angeblich „reinen“ Ursprünge dazu, alle realen, mannigfaltigen Beziehungen als dekadente, unreine Kompromisse zu verleumden. Der fiktive Ursprung aber wird zum Heilsversprechen für die Zukunft. Die angebliche „Reinheit“ sei durch nationale Erhebung wiederherzustellen. Gewalt wird als legitim gesehen, denn sie diene dem völkischen Ziel: dem „Heil“.

Das, was aus dem Kollektiv des Volkes ausgeschlossen wird, ist sehr mannigfach. Und es hat die Tendenz, sich zu vermehren. Zunächst sind es Menschen, die anders aussehen und andere kulturelle Gewohnheiten haben. Dann sind es solche mit anderen politischen Überzeugungen, mit anderen Religionen, mit anderen Freizeitbeschäftigungen. Es sind die Nachdenklichen, die intellektuelle Elite. Und es sind alle, die behindert, alt oder krank sind.

Wir sehen also eine durchgängige Schwarz-Weiß-Wahrnehmung. Dabei kann das Schwarze, das Böse, alles Mögliche sein. Alles außerhalb des eigenen Horizonts kann verächtlich gemacht werden. Dazu kommt Personalisierung: Schwer zu durchschauende gesellschaftliche Verhältnisse werden bestimmten Akteuren zur Last gelegt. So entstehen Verschwörungstheorien. Während der Großen Pest wurde behauptet, die Juden hätten die Brunnen vergiftet. Heute heißt es, dass Fachleute wie die Infektiologen bei der Corona-Pandemie oder die Forscher zum Klimawandel nicht im öffentlichen Interesse handelten, sondern allesamt die Menschen unterjochen wollten.

Schuldenböcke zu suchen ist so alt wie die Menschheit. Denn was Menschen besondere Angst macht, ist Nichtwissen und Ungewissheit. Eine Welt mit komplexen Strukturen wird plötzlich erklärbar, wenn man sie auf Wir/Sie, auf Freund/Feind reduziert. Das wiegt Verängstigte in vermeintlicher Sicherheit. Auch wenn die Verschwörungstheorien noch so abstrus sind: wenn jemand das Undurchschaubare auf ein vertrautes Schema zurückführt, fühlt er sich sicherer. Und mächtiger, denn er ist nun ein Teile eines großen, heiligen Ganzen. Dieser psychische Gewinn sorgt dafür, dass solch ein Glaube so schwer zu widerlegen ist.

Neu aber ist die Reichweite und Schnelligkeit der Verbreitung.

Rechtsextreme Behauptungen werden in den Internet-Medien, den sogenannten „Social Media“ systematisch verstärkt, bis die Leute glauben, die liberale Demokratie sei ein Instrument der Unterdrückung, und ihre Interessen wären bei den Illiberalen besser aufgehoben. Angst macht Menschen kopflos, und Wut schürt die Hoffnung auf falsche Erlöser.

Wir haben es mit mächtigen Gegnern zu tun. Aber noch sind die Demokratiefreunde in der Mehrheit. Wenn wir konsequent versuchen, bei Behauptungen nachzufragen, auch mal zu widersprechen, dann setzen wir an vielen Stellen etwas entgegen. Worauf sollten wir achten?

- Lassen wir uns nicht erzählen, Demokratie sei **einfach Mehrheitsprinzip**: ohne Grundrechte und Minderheitenschutz sind Wahlen keine Demokratie.
- Lassen wir uns nicht beeindrucken, wenn Parteien uns **Angst** machen wollen.
- Seien wir hellhörig, wenn **Feindbilder** beschworen werden.
- Und erst recht, wenn neben Wir/Sie auch der Gegensatz **Stark/Schwach** ins Feld geführt wird.
- Lassen wir uns nicht dabei packen, dass es uns lieber wäre, bestimmte **Gefahren** wären gar nicht da. Dem Klimawandel begegnet man nicht, indem man so tut, als wäre es nur eine böse Erzählung.
- Denken wir daran, dass die Grundpfeiler **Freiheit und Gleichheit** in einer gewissen Spannung zueinander stehen. Die individuellen Freiheiten der Redefreiheit, Vereinigungsfreiheit sind nicht verhandelbar und müssen durch unabhängige Gerichte gesichert werden. Die Gedankenfreiheit darf nicht scheitern an Algorithmen, die Einfluss auf die demokratische Meinungsbildung nehmen zugunsten privater Gewinne. Und wir müssen wieder mehr auf die Entfaltungsfreiheit des Einzelnen achten. Um den Zugang zur Demokratie zu sichern, bedarf es viel mehr Mittel für Sozialarbeit und Bildung.